

# Informationen

## Editorial

Die freiberuflichen Wirtschaftsstrukturen sind in Deutschland anders gewachsen als in den meisten EU-Mitgliedstaaten. Unser Kammerwesen und unsere freiberuflichen Errungenschaften sind deshalb immer wieder Gegenstand und »Spielball« europäischer Nivellierungs- und Regulierungsattacken. Ein gemeinsames Verständnis von Freiberuflichkeit oder eine gemeinsame europäische Definition von Freiberuflichkeit gibt es nicht. Jede Wahl zum Europäischen Parlament ist deshalb eine Abstimmung um existenzielle freiberufliche Strukturen: Wie steht es um die nationalen Beschränkungen beim Zugang zu den verkammerten Freien Berufen? Wer bremst Europa, wenn es um neue bürokratische Hürden oder Normierungen geht? Wer hat überhaupt ein Verständnis für die nicht immer einfach zu vermittelnden Werte der Freiberuflichkeit? Der Verband Freier Berufe in Bayern hat die im Europäischen Parlament vertretenen Parteien befragt, wo sie sich bei diesen existenziellen Themen positionieren. Wer kämpft für uns in Europa? Wer setzt sich für unsere gewachsenen berufsständischen Strukturen am meisten ein? Sie können sich hier selbst ein einfaches Bild machen. Noch liegt die Entscheidung über die Zukunft der Freiberuflichkeit in Europa bei uns, den Wählerinnen und Wählern in Deutschland. An ihnen führt zunächst auch in Europa kein Weg vorbei – solange wir zur Wahl gehen und mitentscheiden anstatt unsere eigenständigen und unschätzbaren Werte der Freiberuflichkeit auf dem EU-Markt der Beliebigkeit und der Vereinheitlichung zu opfern. ●



Dr. Fritz Kempter,  
Präsident des  
Verbandes Freier Berufe  
in Bayern

Verband Freier Berufe befragt die im EU-Parlament vertretenen Parteien

## Wer kämpft für unsere Freiberufler in Europa?

Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament endet in Bayern ein Wahlmarathon, bei dem die Wählerinnen und Wähler einschließlich kommunalen Stichwahlen dann bis zu fünf Mal an die Wahlurnen gerufen waren. Der Präsident des Verbandes Freier Berufe, Dr. Fritz Kempter, appelliert, bei der Europawahl die Stimme für die Freiberuflichkeit abzugeben: »Wir brauchen eine starke Vertretung in Europa. Denn dort entscheidet sich, ob unser einzigartiges und erfolgreiches System der Selbstverwaltung mit seinem Kammerwesen, seinen Berufsregeln und seiner daraus resultierenden kompromisslosen Qualitätsorientierung Bestand hat.«



Als »Alarmsignal für die Demokratie« hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen im März bezeichnet. Bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament lag die Wahlbeteiligung bei knapp über 42 Prozent. Politiker und Verbände appellieren parteiübergreifend: »Gehen Sie zur Wahl.«

Der Verband Freier Berufe in Bayern hat die vier im Europäischen Parlament vertretenen Parteien befragt und sie mit Themen konfrontiert, die für die Freien Berufe in Deutschland existenziell sind. Das bei uns bewährte System der Selbstverwaltung durch Berufskammern ist den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten fremd. Welche der Parteien vertritt am ehesten eine konsistente Europapolitik für die Freien Berufe?

# Vier Fragen an die vier im Europäischen Parlament vertretenen Parteien

## CSU



**Andreas Scheuer**

Der Bundestagsabgeordnete Andreas Scheuer ist seit 15. Dezember 2013 Generalsekretär der CSU. Er zog 2002 über die Landesliste Bayern sowie 2005, 2009 und 2013 als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Passau in den Bundestag ein. Er war im zweiten Kabinett Merkel von 2009 bis 2013 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Ab 2010 hatte er dabei die Aufgabe des Koordinators der Bundesregierung für Güterverkehr und Logistik.

## SPD



**Martin Schulz**

Martin Schulz ist seit Januar 2012 Präsident des Europäischen Parlamentes, dessen Mitglied er seit 1994 ist. Schulz war seit der Europawahl 2004 Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, seit 2009 Vorsitzender der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament. Er wurde am 13. November 2009 zum neuen Europabeauftragten der SPD gewählt und ist zugleich Vizepräsident der Sozialistischen Internationalen. Schulz will nach der Europawahl für den Posten des Kommissionspräsidenten kandidieren.

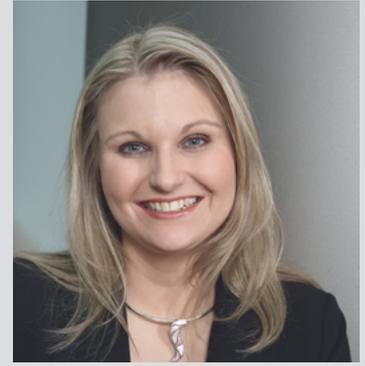
## Grüne



**Sven Giegold**

Sven Giegold ist seit 2009 Abgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen aus Nordrhein-Westfalen im Europäischen Parlament und finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der EP-Fraktion »Die Grünen/EFA«. Er ist Koordinator seiner Fraktion im Wirtschafts- und Währungsausschuss (ECON) sowie Mitglied im Beschäftigungsausschuss. Giegold ist Mitglied der Präsidentschaftsversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Der Grünen-Abgeordnete war unter anderem an der Gründung der Nicht-Regierungsorganisationen »finance watch« und »attac« beteiligt. Ebenso ist Giegold Mitbegründer von Attac Deutschland.

## FDP



**Nadja Hirsch**

Nadja Hirsch ist seit 2009 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Zuvor war sie sieben Jahre lang als Stadträtin in der Kommunalpolitik engagiert. Im Februar 2012 wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales gewählt. Sie setzt sich in Europa für eine Stärkung der Rolle von Regionen und Kommunen ein. Menschen sollen die Möglichkeit haben, berufliche Erfahrung und Qualifikationen innerhalb der EU zu sammeln und diese auch anerkannt zu bekommen. Seit Juli 2011 ist Nadja Hirsch auch medienpolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament.

## 1 Wie stehen Sie zu den Berufsrechten der Freien Berufe?

### CSU

● Die Bedeutung der Freien Berufe kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ärzte, Anwälte, Ingenieure und viele andere Freie Berufe tragen in hohem Maße dazu bei, dass unser Gemeinwesen so gut funktioniert. Die Freien Berufe orientieren sich in hohem Maße am Gemeinwohl unter Übernahme persönlichen Risikos. Damit die Angehörigen der Freien Berufe auch weiterhin hervorragende Arbeit leisten können, setzen wir uns dafür ein, dass sie ihre Tätigkeiten weiter unter den bewährten Rahmenbedingungen ausüben können.

### SPD

● Deutschlands wirtschaftlicher Wohlstand beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Einsatz seiner Selbstständigen und Freien Berufe: knapp 1,2 Millionen selbstständig tätige Freiberufler erwirtschaften mit über drei Millionen Mitarbeitern mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wir messen Qualitätssicherung in den Freien Berufen äußerste Wichtigkeit bei. Sie ist nicht nur für Freiberufler, sondern vor allem auch für deren Kunden notwendig. Wir wollen deshalb die Selbstverwaltung der Freien Berufe erhalten. Für uns bedeutet das letztlich, dass die bisherigen Rahmenbedingungen für die Freien Berufe erhalten bleiben müssen.

### Grüne

● Die Freien Berufe haben wegen ihrer Leistungsfähigkeit, ihrer Eigenständigkeit und des Willens zur persönlichen Verantwortung erhebliche Bedeutung in unserem Land. Der ökologische Umbau und die von uns geforderten Investitionen in Bildung und soziale Sicherungssysteme eröffnen vielen Freien Berufen neue Märkte und Geschäftschancen. Wir wollen die Freien Berufe gezielt unterstützen, z. B. mit weniger Bilanzierungs- und Bürokratiepflichten, modernen Kammern aber auch durch gezielte Fördermaßnahmen.

### FDP

● Wir Liberale sehen die Freien Berufe als typische Vertreter des Mittelstands. Sie sind ein entscheidender Faktor für die Stärke der deutschen Wirtschaft. Solange Reglementierungen im freiberuflichen Bereich einem hohen Verbraucherschutzniveau und der Absicherung der hohen Qualifizierung des Berufsständigen dienen und keine Marktzugangsbeschränkungen für Berufsangehörige anderer Mitgliedstaaten darstellen, sehen wir keine Verpflichtung zu deren Abschaffung. Der Erfolg der deutschen Wirtschaft und der deutschen Freien Berufe spricht gerade für das deutsche Modell.

## 2 Sind Sie bereit, die hohe Qualität der Versorgung im medizinisch/therapeutischen Bereich, die durch die hohen Ausbildungsanforderungen in Deutschland gewährleistet wird, gegen Nivellierungstendenzen in Europa aktiv zu schützen?

### CSU

● Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine wichtige Herausforderung für die Freien Berufe, gerade im Ingenieurs- und im Gesundheitsbereich. Bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse muss aber darauf geachtet werden, dass die Qualitätsstandards nicht ausgehöhlt werden. Qualität hat höchste Priorität, dies muss gerade auch im medizinisch/therapeutischen Bereich gelten. Wir haben in diesem Bereich in Deutschland höchste Ausbildungsanforderungen. Einheitliche europäische Qualifikationsrahmen dürfen keinesfalls auf eine Senkung des Ausbildungsstandards und damit eine Gefährdung der hervorragenden Qualität unserer medizinischen Versorgung hinauslaufen. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.

### SPD

● Wir wollen auf die Förderung dieses Bereichs in unserer Wirtschaftspolitik ein besonderes Augenmerk legen und bereits in der schulischen und beruflichen Ausbildung mehr junge Menschen für die Selbständigen begeistern. Die Qualität der Versorgung ist für uns ein wichtiges Anliegen. Wir treten dafür ein, die bei uns bekannten und bewährten hohen Standards zu erhalten und uns dafür auch auf der europäischen Ebene einzusetzen. Dabei ist uns klar, dass das nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa eine wichtige Herausforderung für unser Ausbildungssystem ist. Notwendige Harmonisierungen in einem Europa ohne Grenzen dürfen dabei keine »Abwärtsspirale« hinsichtlich der freiberuflichen Qualitätssicherung und der Sicherstellung freiberuflicher Qualifikationen zur Folge haben. Ziel muss vielmehr eine Angleichung der Qualitätsanforderungen in den Freien Berufen auf höchstmöglichem Niveau sein.

### Grüne

● Die Grünen haben sich im Rahmen der Revision der Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen dafür eingesetzt, dass die hohen Ausbildungsstandards im medizinisch/therapeutischen Bereich in Deutschland nicht durch eine europäische Regulierung untergraben werden. Die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen ist eine wichtige Voraussetzung für die Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der EU. In Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas und fehlenden Fachkräften vielerorts in Deutschland setzen sich die Grünen für eine vereinfachte gegenseitige Anerkennung ein. Dies darf aber nicht zu Lasten der Ausbildungsstandards gehen.

### FDP

● Die FDP im Europäischen Parlament hat sich bei der aktuellen Überarbeitung der Berufsanerkenntnisrichtlinie für den Erhalt der hohen Ausbildungsanforderungen im medizinisch/therapeutischen Bereich eingesetzt, es darf gerade in diesem sensiblen Bereich keine Nivellierung nach unten geben. Mit den Stimmen der FDP ist es gegen Tendenzen aus dem sozialdemokratischen Lager im Europäischen Parlament gelungen, auch im Bereich der Ausbildung von Krankenschwestern das deutsche System beizubehalten.

## 3 Wie wollen Sie die Qualität freiberuflicher Arbeit sichern, wenn Aufgaben der Freien Berufe, insbesondere der Heilberufe, auf andere Berufsgruppen übertragen werden?

### CSU

● Wir stehen für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, das Menschlichkeit, Qualität und Bezahlbarkeit zusammenführt. Wir wollen die Attraktivität der Gesundheitsberufe weiter steigern. Dazu müssen Potenziale, Kompetenzen und Fähigkeiten der im Gesundheitswesen Tätigen gestärkt und im Interesse der Patienten optimal eingesetzt werden. Für uns ist es von zentraler Bedeutung, dass die hohe Qualität der freiberuflichen Arbeit gesichert bleibt. Wir haben zugleich im Blick, dass sich das Gesundheitswesen veränderten und höheren Herausforderungen gegenüberstellt. Die Anforderungen von Mehrfacherkrankungen und regionaler Disparität erfordern deshalb eine Überprüfung der Abgrenzung zwischen Institutionen und Professionen.

### SPD

● Wir wollen eine qualitätsgesicherte Zusammenarbeit zwischen haus-, fach- und spezialärztlichem Bereich, den nicht ärztlichen Heilberufen, den ambulanten und stationären Sektoren sowie zwischen pflegerischem, rehabilitativem und medizinischem Bereich gewährleisten. Eine gute Ausbildung, Entwicklungsperspektiven, gute Bezahlung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen, um die Attraktivität von Gesundheits- und Pflegeberufen zu steigern. Wir wollen eine gemeinsame Alten- und Krankenpflegeausbildung mit dem Berufsbild »Pflege«. Die demografische Entwicklung führt zu einem noch stärkeren Fachkräftebedarf in Pflegeberufen. Um diesen möglichst schnell zu decken, ist das Ausbildungsangebot staatlicher Berufsfachschulen zu stärken.

### Grüne

● Die Qualität der gesundheitlichen Versorgung hängt nicht davon ab, wer eine bestimmte Leistung erbringt, sondern ob der jeweilige Gesundheitsberuf die erforderliche Qualifikation besitzt. Eine neue Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsberufen ist aus unserer Sicht notwendig, um auf die sich mit dem demographischen Wandel ändernden Patientenbedürfnisse zu reagieren. Dazu ist auch eine Reform und Weiterentwicklung der pflegerischen Ausbildung notwendig.

### FDP

● Die Übertragung von freiberuflichen Aufgaben, gerade im Heilbereich, darf zuallererst nicht dazu führen, dass die flächendeckende ambulante Versorgung in Deutschland gefährdet wird. Es muss des Weiteren aber auch genau darauf geachtet werden, dass die fachliche Qualität der Dienstleistung erhalten bleibt. Wenn die Abschaffung bestimmter Vorbehaltsaufgaben zur Gefährdung von Gesundheit und Sicherheit der Bürger führt, wird die FDP sich gegen die Übertragung einsetzen.

## CSU

● Das System der Gebührenordnungen hat sich bewährt und muss beibehalten werden. Die Gebührenordnungen sichern eine angemessene Bezahlung der guten Arbeit der freiberuflich Tätigen. Wir setzen uns für möglichst großen Verhandlungsspielraum für die Vertragspartner ein. Vorgaben seitens der europäischen Ebene in diesem Bereich lehnen wir ab. Ebenso halten wir am Fremdbeteiligungsverbot fest. Unser System der Berufskammern hat sich in hohem Maße bewährt. Die Berufskammern nehmen wichtige Aufgaben der Vertretung der beruflichen Belange, der Organisation, der Beratung und der Aus- und Weiterbildung wahr. Wir wollen das vorhandene System daher beibehalten. Wir werden uns für den Erhalt der Selbstverwaltung von Kammern und Verbänden in den Freien Berufen auf europäischer Ebene einsetzen. Die berufsständische Versorgung der verkammerten Freien Berufe als eigenständige Alterssicherungssysteme wollen wir erhalten.

## SPD

● Gute Arbeit in den Freien Berufen lässt sich nicht durch Deregulierung oder Liberalisierung erreichen, sondern durch konsequente qualitätssichernde Maßnahmen. Der Ansatz der Deregulierung, der allein die wirtschaftliche »Performance« im Auge hat und die Frage der Qualität einer Dienstleistung außer Acht lässt, kann nicht die Regel sein. Auch hier gilt für uns: Wir setzen uns dafür ein, dass die Selbstverwaltung der Freien Berufe erhalten bleibt.

## Grüne

● Die Gebührenordnungen für Freie Berufe wollen wir in regelmäßigen Abständen überprüfen und an neue Anforderungen und die tatsächliche Kostenentwicklung anpassen. Die Gebührenhöhe soll die Erbringung unabhängiger, qualitativ hochwertiger Leistungen zu bezahlbaren Preisen sichern. Wir wollen eine Bürgerversicherung einführen, in der perspektivisch alle Berufsgruppen einbezogen werden. Kurzfristig streben wir die Einbeziehung der Solo-Selbstständigen, die nicht obligatorisch abgesichert sind, in die gesetzliche Rentenversicherung an.

## FDP

● Freie Berufe erbringen Leistungen auf einem hohen geistig-schöpferischen Niveau bei gleichzeitiger fachlicher Unabhängigkeit. Für den Verbraucher kann es mitunter schwierig sein, das Qualifikationsniveau eines Dienstleisters monetär zu bewerten. Solange Gebührenordnungen dem Schutz des Verbrauchers dienen und nicht Preise künstlich hoch halten, sehen wir keinen Grund für deren Abschaffung. Eine Fremdkapitalbeteiligung im Rahmen der Freien Berufe würde die Unabhängigkeit aushöhlen. Die Unabhängigkeit muss dahingehend gewährleistet werden, weil es oftmals im Rahmen dieses Berufsstandes nicht möglich ist, kosteneffizient zu arbeiten. Die FDP im EP steht uneingeschränkt zur Selbstverwaltung als tragende Säule im Bereich der Freien Berufe. Die Selbstverwaltungspartner haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie tragfähige Kompromisse trotz der diametralen Interessen erzielen können. Sie sind auch im europäischen Gefüge zu einem unerlässlichen Faktor geworden als Einheitlicher Ansprechpartner und Prüfstelle für Berufsangehörige anderer Mitgliedstaaten. Die FDP will die berufsständischen Versorgungssysteme in ihrer Eigenständigkeit erhalten, da sie das Fundament des Freiberuflers in Deutschland darstellen.